rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Herausgeber und Verleger Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P b b Verlags postamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Endlich wieder Ruhe und Ordnung



Unter dem Titel „Wiener Schule war Terror von Extremisten ausgesetzt" erzählte der „Kurier" unlängst eine gruselige Story. Die Kunstfreunde innerhalb der Leserschaft konnten allerdings beruhigt sein, denn es handelte sich gottlob nicht um die sogenannte Wiener Schule der phantastischen Realisten, in welcher der Professor Ernst Fuchs liebevoll seine biblischen Nackerbatzeln pinselt, sondern bloß um das Bundesrealgymnasium in der Unterbergergasse in Wien-Brigittenau.

„Guten Morgen, Kurier, gut geschlafen?" können wir jetzt fragen, denn die millionenschwere große Tageszeitung hat somit einen Vorfall aufgegriffen, über den unsere kleine „rote garde" bereits vor Monaten berichtete. Unsere Leser werden sich vielleicht an den Fall erinnern: Im Bundesrealgymnasium Wien 20 muckte der „Rote Schülerbund" (RSB) gegen das faschistische Gedankengut auf, das von einer Gruppe von NDP-Leuten, welch letztere sogar den Schulsprecher stellen, verbreitet wird. Weil aber die Herzen der meisten Schuldirektoren offenbar mehr rechts schlagen und weil alle bisherigen Schul„reformen" die obrigkeitliche Machtfülle nicht einschränken wollten, deshalb entschied der Herr Direktor Hofrat Johann Klimpt selbstherrlich den Zwist ganz einfach zugunsten der Rechtsradikalen, indem er zwei RSB-Mitglieder — standrechtlich, möchte man singemäß fast sagen — aus der Schule liquidierte.

Doch Herr Hofrat sind ein Feinspitz. Herr Hofrat wissen, daß der Sieg selbst eines mächtigen Regenten erst dann taktisch abgesichert ist, wenn es zusätzlich noch gelingt, die Opfer zu den wahren Schuldigen zu stempeln. Herrn Hofrat fehlte also nur noch das Tüpfelchen aufs i, um auch in aller Öffentlichkeit als Retter des Vaterlandes, als heiliger Georg im Kampf gegen den kommunistischen Terrordrachen dazustehen. Und genau zum rechten Augenblick kam — o Wunder — per Post ein Brief ins Haus, in dem gedroht wurde, die Schule in die Luft zu sprengen. Daß die bombige Drohschrift laut inzwischen ergangenem Gutachten „sicher nicht aus der Feder eines Mittelschülers" und daher auch nicht vom RSB stammen konnte, sondern schlicht und einfach aus der Hand eines Erwachsenen, das tat in der nun ausbrechenden Bombenhysterie nichts mehr zur Sache. Die anonyme Bombendrohung wurde kraft obrigkeitlicher Machtvollkommenheit zum „roten Terror" erklärt, wenngleich die Indizien dagegen sprachen. Hauptsache, man konnte dem „roten Terror" nun den massiven bürgerlichen Terror folgen lassen, um allen Schülern für möglichst alle Zeiten alle gefährlichen linken Gedanken auszutreiben. Vor der Schule marschierten Polizisten auf und kontrollierten jeden, der das Tor passierte, während in den Nebengassen auffällig viele unauffällig gekleidete „Kieberer" patrouillierten. Daß viele der insgesamt 930 Schüler in diesem künstlich geschaffenen Bürgerkriegsklima „trotzdem" Angst hatten, das wundert wirklich nur den rasenden „Kurier"-Reporter, welcher anderseits — trotz monatelanger Verspätung — nichts Konkretes zu sagen weiß, sondern jede Schuld auf irgendwelche nicht näher genannte unbekannte Linksextremisten abschiebt.

Ein gewisser Adolf Hitler hat einmal gesagt, daß es unwichtig sei, unter welchem Vorwand man einen Krieg beginnt, denn der Sieger werde später nicht gefragt. Wir wollen den Sieger des Schülerkleinkriegs in der Unterbergergasse aber dennoch fragen. Wer hat den Drohbrief eigentlich geschrieben, Herr Hofrat? ●

rote garde★

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 24,—

Nummer 50, November 1974

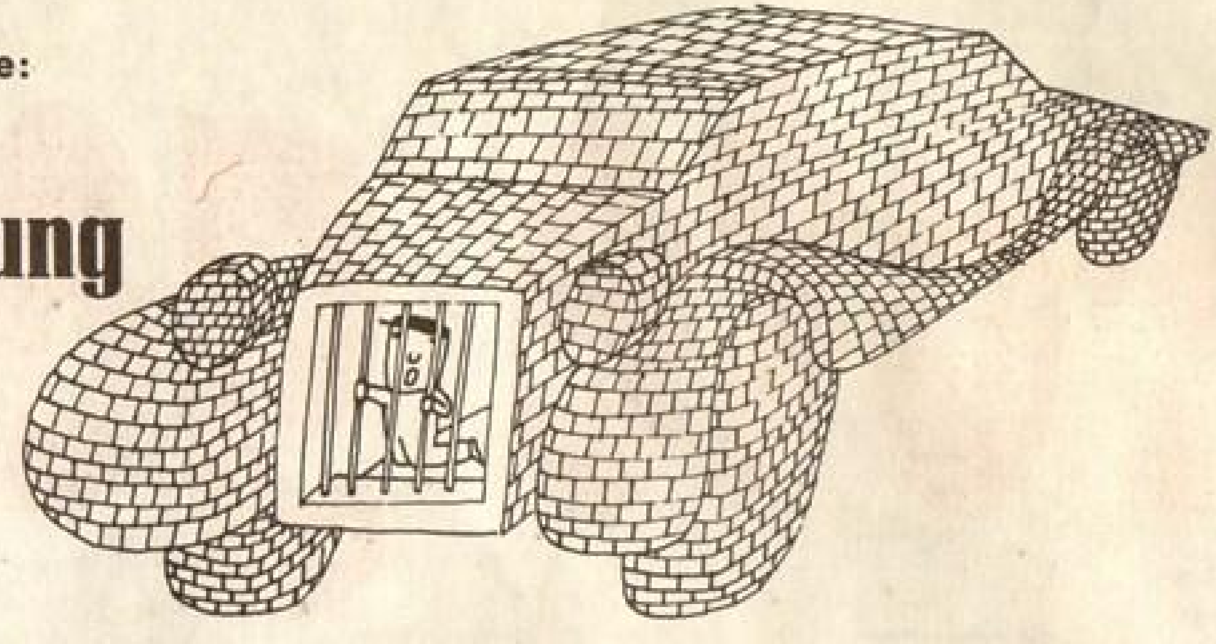
Berge von Waffen

USA
Rußland

„Man darf sich nicht damit abfinden, daß trotz der Vorschläge der Sowjetunion und trotz der Entspannung Atomwaffenexperimente unternommen werden, die die Atmosphäre der Erde verseuchen und immer neue Berge von Waffen aller Art auftürmen ... Ein breiter Kampf soll gegen die materielle Vorbereitung des Krieges geführt werden", erklärte der ZK-Sekretär der KPdSU, Ponomarjow. Dabei hat dieser „Friedensengel" nur eines „vergessen": Wer ist es denn, der Berge von Waffen auftürmt? Es sind die beiden Supermächte Rußland und USA. Diese beiden Weltgendarmen reden zwar von „Entspannung", rüsten aber wie nie zuvor. Daß sich die Völker ihrerseits gegen diese beiden Kriegstreiber rüsten müssen, ist daher verständlich. Ebenso verständlich ist es, wenn das sozialistische China zur Stärkung seiner Verteidigungskapazität Kernwaffenversuche unternimmt, sosehr das den imperialistischen Machthabern im Kreml auch mißfallen mag. Ein „breiter Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges" ist tatsächlich notwendig. Diesen Kampf haben die Völker in der Tat bereits begonnen, indem sie auf allen Gebieten die Vorherrschaft der beiden Supermächte in Bedrängnis bringen und die USA und Rußland immer mehr isolieren. Wirkliche Entspannung wird es dann geben, wenn die beiden Supermächte niedergerungen und gestürzt sein werden. ●

Autofabrik mit Zuchthausatmosphäre:

Moderne Ausbeutung bei Volvo



Die Unternehmer finden immer neue Methoden zur besseren Ausbeutung der Arbeiter. So wurde kürzlich bei Volvo in Schweden ein "Experiment" gestartet, das sich als durchschlagender Erfolg erwies – für den Unternehmer.

Durch die unmenschliche Belastung der Fließbandarbeit nahm allmählich der Widerstand der Belegschaft zu, die bessere Arbeitsbedingungen forderte. Aus diesem Grund ließ sich die Geschäftsleitung eine neue Arbeitsmethode einfallen. Man ging von der "unmenschlichen Fließbandarbeit" ab und startete das Experiment "Gruppenarbeit". Dazu wurde eine Vorrichtung konstruiert, mit der ein Auto von der Karosserie beginnend von 5 bis 8 Leuten komplett fertiggestellt werden kann. Gerechtfertigt wurde diese Umstellung mit der Begründung, bessere und gesündere Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Bedenkt man aber, daß eine einzige dieser neuartigen Vorrichtungen an die 200.000 Schilling kostet, so stellt man sich die Frage, ob diese Umstellung wirklich von der Sorge um das Wohlergehen der Arbeiter oder von den Profitinteressen des Unternehmers diktiert ist. Denn, wie wir aus Erfahrung wissen, gibt kein Kapitalist Geld aus, ohne daß er dabei profitiert. Bei genauer Betrachtung läßt sich das leicht beweisen.

Welche Vorteile erwachsen dem Konzern aus der Gruppenarbeit? Zuerst einmal ist durch diese eine bessere Kontrolle des Arbeitsablaufes und der Qualität der hergestellten Produkte gegeben. Acht Leute sind ja leichter zu überwachen als hundert am Fließband. Durch die Aufspaltung in einzelne Arbeitsgruppen steigert sich die Konkurrenz unter den Arbeitern, weil ja keine Gruppe in ihrer Leistung zurückbleiben kann, will sie nicht Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. So wird die Zusammengehörigkeit und die Solidarität der Arbeitenden vom Unternehmer bewußt verhindert. Zudem ermöglicht die Zusammenfassung der Arbeiter in kleinen Gruppen der Betriebsleitung zu erkennen, unter welchen Arbeitern sich Unzufriedenheit bemerkbar macht. So können dann klassenbewußte Arbeiter frühzeitig eruiert werden, damit man sie durch Versetzung oder Entlassung ihres Einflusses auf ihre Kollegen und andere Arbeitsgruppen berauben kann. Und wenn eine Arbeitsgruppe entlassen wird, ist dann die Produktion nicht so gefährdet, wie wenn beim System der Fließbandarbeit 5 oder 10 Arbeiter gleichzeitig gekündigt werden, weil sie sich nicht dem Akkordzwang unterwerfen wollen und rebellieren würden. Ebenso besteht bei Lohnkämpfen für die Firma keine Gefahr, daß die Produktion (so wie bei der Fließbandarbeit) völlig zum Erliegen kommt, wenn nur ein Teil der Belegschaft die Arbeit niederlegt. Denn wenn ein Teil der Gruppen in den Streik tritt, so hat das keine Auswirkung auf die Arbeit der anderen, da es zwischen den Gruppen ja keine Arbeitsteilung gibt.

Das also, was den Arbeitern als Fortschritt verkauft wird, ist in Wirklichkeit gar keiner. Der Unternehmer hat sich noch bessere Möglichkeiten der Ausbeutung geschaffen, die eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter bedeuten.

F.P., Wien ●



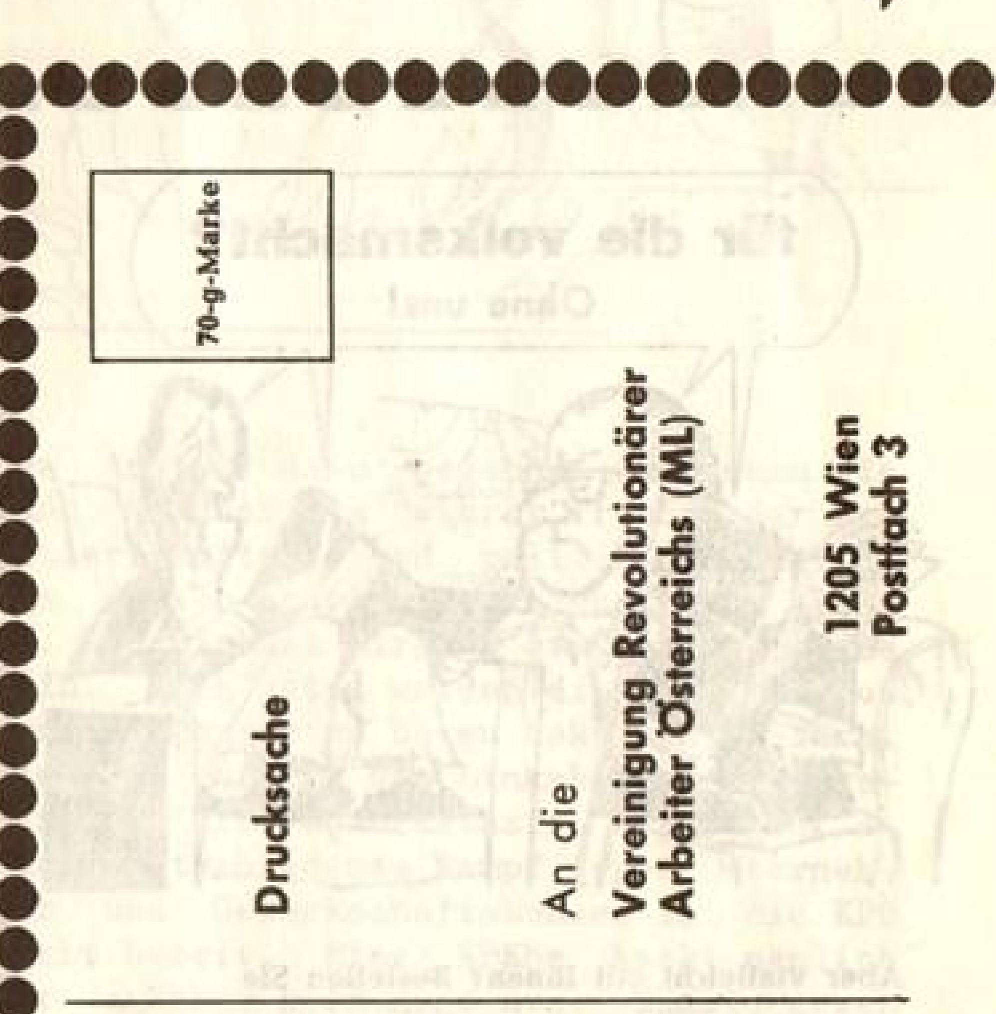
Fortschrittliche Ideen sind nicht gefragt . . .

Schüler und Herrenmenschen

Da gibt es für Wien gewisse Bezirksblätter, die an jeden Haushalt gratis verteilt werden. So heißt das für den 20. Bezirk bestimmte Blatt "Brigittenauer Zeitung". In der Nummer 10 dieser Zeitung wird nun zu den Vorgängen am Realgymnasium in der Unterbergergasse Stellung genommen. Schon der Titel "Mit Bomben Schulprobleme lösen" stellt die Absichten des Artikels klar: Gegen fortschrittliche Regungen zu hetzen und fortschrittliche Schüler als "Bombenleger" zu verteufeln, die wirklichen Urheber von Einschüchterung und Unterdrückung aber reinzuwaschen.

So wird dem Direktor der Schule bescheinigt, daß er das unschuldige Opfer von böswilligen Verleumdungen sei. Aber gibt die Brigittenauer Zeitung nicht selber zu, daß der Direktor Klimpt den Verkauf der Zeitung "Revolutionäres Afrika" zum Anlaß und Vorwand genommen hat, um Repressalien gegen fortschrittliche Schüler zu ergreifen? Nichts anderes ist es nämlich, wenn zu lesen ist: "Die Direktion verbot den Vertrieb der Zeitung. Nicht weil ihr geistiger Inhalt geeignet gewesen wäre, Unruhe zu stiften, sondern weil der Verkauf von Publikationen jeder Art erst einmal vom Direktor genehmigt werden muß... Es wurde erwogen, die Zeitschriftenverkäufer, die dieses ehernе Gesetz gebrochen hatten, von der Schule auszuschließen." Aber wozu ist denn so ein "ehernes Gesetz" da? Eben um alles aus der Schule fernzuhalten, was der arbeiterfeindlichen, stockreaktionären und selbstherrlichen Mentalität der Schulbürokratie nicht genehm ist. Gesetze, Verordnungen und sonstige Regelungen werden ja nicht um ihrer selbst willen angewandt, sondern dienen den politischen Bestrebungen der Herrschenden, "Ruhe und Ordnung" an den Schulen zu bewahren.

In der "Brigittenauer Zeitung" wird die ganze Angelegenheit so geschildert, als ob linke Schüler Unruhe in die Schule getragen hätten, worauf sich dann als Reaktion faschistische Schüler zusammengefunden hätten und es zu "kriegerischen Auseinandersetzungen" gekommen wäre. Darauf hätte der Direktor schließlich wieder für Ruhe sorgen müssen und deshalb seien solche Repressalien ergriffen worden. In Wirklichkeit war es aber gerade so, daß die faschistischen AVM-ler (die AVM ist die Mittelschülerorganisation der NDP) seit langem vom Lehrkörper und Direktor geduldet wurden, daß sie ungestraft Unruhe stiften konnten. In Wahrheit waren gerade die Duldung von Nazis und die Unterrichtspraxis mancher Lehrer, welche die arbeitenden Menschen als Menschen minderer Kategorie hinstellten, der Grund, daß sich viele ehrliche und anständige Schüler zum Widerstand dagegen zusammenschlossen. Nicht die fortschrittlichen Schüler haben "Politik in die Schule getragen", sondern sie haben nur ihre politische Meinung gesagt und sind gegen reaktionäre politische Anschauungen, die in die Hirne der Schüler verpflanzt werden sollen, aufgetreten. ⇨



Bildungsnotstand

Ein Schüler wird während einer Protestdemonstration festgenommen. Ein Polizist durchsucht seine Taschen nach belastendem Material, findet einige handgeschriebene Notenblätter, hält die Partituren für chinesische Schriftzeichen und schleppt den Schüler aufs Kommissariat.

Vergebens beteuert der Festgenommene, daß es sich um harmlose Musikstücke von Franz Schubert handelt. Man sperrt ihn in eine Zelle, und Stunden später wird er zum Verhör geführt. Der Polizist herrscht ihn an: „Jetzt aber raus mit der Sprache! Leugnen ist zwecklos: Der Schubert hat schon gestanden!" ●

...aber die Rechtsradikalen genießen Meinungsfreiheit



„So kann man sich täuschen. Und ich dachte schon, die würden irgendwelche dieser zersetzenden Schriften verteilen."

In der "Brigittenauer Zeitung" wird allen Ernstes behauptet, daß die fortschrittlichen Schüler "den Aufstand probten", indem sie mit einem Bombenattentat gedroht hätten. Und genüßlich wird festgestellt:

"Schrecken und Unsicherheit machten sich im Schulgebäude breit... Viele Mädchen weinten während des Unterrichts..." usw.

Aber wer hat denn "Schrecken" und "Unsicherheit" verbreitet? Wer hat sich der Polizei bedient und eine angebliche "Bombendrohung" ausgenützt, um die Schüler der Unterbergergasse einzuschüchtern? Doch niemand anderer als die reaktionäre Schulbürokratie, allen voran der Hofrat Klimpt!

Was die angebliche "Bombendrohung" betrifft, so wollen wir folgende Frage stellen? Können fortschrittliche Schüler ein Interesse daran haben, mit Bombendrohungen ihre Mitschüler einzuschüchtern, dieselben, die sie auffordern, sich zusammenzuschließen und gegen rückschrittliche Verhetzung und Propaganda an der Schule zu kämpfen? Hätten sie ein Interesse am Terror, wenn sie die Eltern und Lehrer in Plakaten und Flugblättern auffordern, gegen ein Schulsystem anzukämpfen, das arbeiterfeindliche Eliten heranzüchten will, die vor lauter "Studiertheit" den arbeitenden Menschen vollkommen entfremdet sind und keine Ahnung von deren Problemen haben, aber dennoch voller Verachtung auf jeden Arbeitenden herabblicken? Interesse an einer Verunsicherung der Menschen können solche fortschrittliche Schüler mit solchen Zielen nicht haben. Einschüchterung und Terror gegen die einfachen Menschen ist immer die Methode jener, die ihre Herrschaft, ihre Privilegien usw. aufrechterhalten und festigen wollen.

Und wenn nicht irgendein elender Schmierfink die "Bombendrohung des RSB" fabriziert hätte, so hätte sich Klimpt diese Drohung wohl selber erfinden müssen. Denn damit hatte er ja die moralische Rechtfertigung für eine Einschüchterungskampagne und Stimmungsmache gegen die fortschrittlichen Schüler zur Hand. An der Schule wurde faktisch der Belagerungszustand ausgerufen (Verhöre, Durchsuchungen, Ausweiskontrollen usw.), und mit dem Sanktus einer scheindemokratischen Schülervertretung wurde der Ausschluß eines der revolutionären Schüler verkündet.

Daß der Ausschluß mit der Zustimmung der Schülervertretung erfolgte, das beweist wiederum, wie verlogen das Geschwätz von der "Demokratie an der Schule" ist, das uns von der Presse vorgekaut wird. Denn wo die Schulbürokratie mit Terror und Einschüchterung vorgehen, da gibt es keine Demokratie. Da gibt es nur eine Scheindemokratie, wo die Schülervertreter zustimmen "dürfen", wenn den Schülern das Recht, ihre Meinung zu äußern, verweigert wird. Das ist aber keine Demokratie für die Schüler und Eltern, genausowenig wie es in unserer Gesellschaft für die arbeitenden Menschen Demokratie gibt. Was uns als "Demokratie" vorgegaukelt wird, das ist tatsächlich die Willkür der Herrschenden und ihrer Handlanger. Wir Arbeiter, ja überhaupt die einfachen Menschen haben im Kapitalismus nirgends zu bestimmen oder etwas zu reden.

Wenn wir unsere Rechte durchsetzen wollen, so müssen wir dafür einen organisierten Kampf führen. Wir glauben, daß es für die arbeitenden Menschen keinesfalls gleichgültig sein kann, wenn Repräsentanten und Handlanger der herrschenden Klasse Repressalien gegen fortschrittliche Schüler ergreifen. Für jene Eltern, die ihre Kinder an der Unterbergerschule haben, bedeutet das, daß sie sich zusammenreden sollten, ob sie wirklich die Zustände an dieser Schule dulden wollen. Und für die revolutionären Schüler bedeutet das, sich nicht entmutigen zu lassen. Steter Tropfen höhlt den Stein, und in diesem Sinne wird der Kampf unermüdlich weitergehen.

Mit demselben Thema befaßt sich auch unsere Glosse auf der letzten Seite dieses Heftes. ●

Die KPÖ will sich am Feuer der rebellierenden Arbeiter nur ihr eigenes

Süppchen kochen



Will man sich darüber klar werden, wer Arbeiterinteressen vertritt, so muß man sich anschauen, was die Betreffenden tun. Denn reden und schreiben kann man viel und Papier ist geduldig. Wenn sich da die Führer der KPÖ als Arbeitervertreter aufspielen wollen, so verbirgt sich dahinter nur der nackte Egoismus nach Posten und Einfluß strebender Handlanger der Unternehmer.

Das zeigte sich beispielsweise beim KV-Abschluß der Metallarbeiter. Die "Volksstimme" schrieb dazu, daß dieser Abschluß einen glatten Lohnraub bedeutet und daß es jetzt an den Arbeitern liegt, sich im Betrieb selber zu holen, was ihnen gebührt. Selbstverständlich, so konnte man lesen, hat der gewerkschaftliche Linksblock gegen den KV-Abschluß gestimmt.

Es ist sicherlich richtig, daß man von den Unternehmern und den mit ihnen packelnden Gewerkschaftsbonzen nichts erwarten kann. Es ist richtig, daß nur im betrieblichen Kampf für die Arbeiterschaft der Ausweg liegt. Aber die KP-Führer sind ja nicht anders als die übrigen Gewerkschaftsbonzen. Sie haben in keinem Betrieb, wo sie politisch die Macht haben und Betriebsräte stellen, Lohnkämpfe initiiert. Alle Kämpfe, die in den vergangenen Jahren für die österreichischen Arbeiter beispielgebend waren, gingen von rebellierenden SP-Arbeitern aus, und die KPÖ hat nirgends den Anstoß dazu gegeben. Auch wenn sie dann nachher als "wahrer Freund" der Arbeiter auftrat und politisches Kapital aus diesen Kämpfen für sich ziehen wollte. Und diesmal wird es auch nicht anders sein. Auch jetzt werden die Arbeiter von den KP-Bonzen zu hören bekommen: Stärkt die KPÖ, stärkt den Linksblock, demokratisiert die Gewerkschaft usw. Aber zu einem entschiedenen Kampf gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbonzen ist die KPÖ nicht bereit. Eine Krähe hackt nämlich der anderen kein Auge aus. Kämpfe gegen die Senkung des Reallohns zu führen, das "liegt bei den Arbeitern". Die KPÖ und der gewerkschaftliche Linksblock werden sich hüten, durch Initiierung solcher Kämpfe ihr gutes Einvernehmen mit Benya und Konsorten und das "Mitfressen und Mitsaufen" an den Geldmitteln des ÖGB zu stören.

P.F., Wien ●

Leserbrief

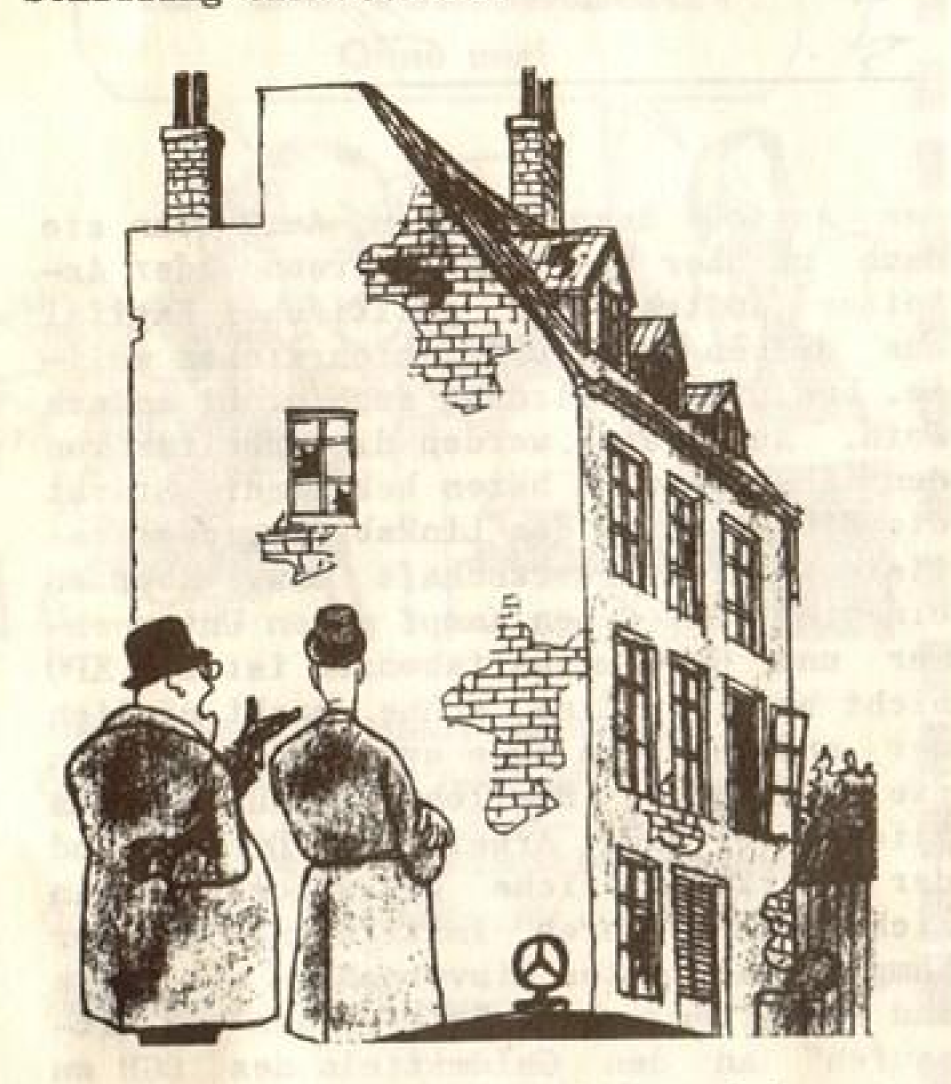
An die „rote garde"
1205 Wien, Postfach 3

Ich wohne in einem Altbau in der Czerningasse im 2. Wiener Gemeindebezirk. Der Hausbesitzer ist wegen seiner üblen Praktiken überall berüchtigt.

Da wohnte z.B. bei uns im vierten Stock ein Straßenbahner, der 170 Schilling Miete bezahlte. Als er ausgezogen war, hat der Hausherr die Wohnung an einen jugoslawischen Gastarbeiter um rund 1700 Schilling vermietet, also um das Zehnfache!

Obwohl dieser Gastarbeiter und auch seine Frau berufstätig sind, konnten sie bald die Miete nicht mehr bezahlen. Da machte der Hausherr ihm das Angebot, die Hausbesorgerarbeiten zu übernehmen. Der jugoslawische Gastarbeiter zog in die Hausbesorgerwohnung ein.

Die Sache ist aber die, daß er für die Hausbesorgerarbeiten tausend Schilling im Monat bekommt, während der Hausherr von uns Mietern monatlich das laut Amtsblatt festgelegte Hausbesorgerentgelt von 2.282 Schilling einkassiert!



„Jetzt noch ein paar Gastarbeiter und den § 7 ins Haus, dann bin ich saniert."

Wegen dieser Gemeinheit haben wir uns an den Mieterschutzverband gewendet. Der hat aber erst etwas unternommen, als wir gesagt haben, daß wir keinen Beitrag mehr zahlen. Aber auch da wurde uns nur ein Anwalt vermittelt, den wir selber bezahlen müssen.

Der Hausherr hat jetzt einen § 7 eingeleitet, sodaß sich meine Miete von 700 auf 1400 Schilling erhöhen soll. Das zeigt, wie es wirklich um die "Rechte" der Mieter bestellt ist. Das Gesetz, wo diese Rechte niedergelegt sind, heißt zwar Mieterschutzgesetz, aber in Wirklichkeit ist es ein Gesetz zum Schutz der Hausherren. Diese haben das Recht, sich mit dem § 7 zu bereichern, während wir Mieter uns mit schönen Redensarten über die Mietrechtsreform abspeisen lassen sollten.

H. F., Wien ●

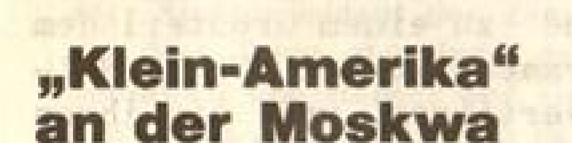


Das Geschäft seines Lebens

Auf der UNO-Vollversammlung machten die USA ein großes Geschrei über die Rohölpreiserhöhungen durch die erdölproduzierenden Länder. Diese, so behaupten sie, seien schuld an Wirtschaftskrise und Teuerung. Aber Fakten beweisen klar, wer die Inflation anheizt und dabei gewaltige Profite einstreicht.

Man braucht sich da nur die Geschäftsberichte der Ölkonzerne über das dritte Quartal dieses Jahres anzuschauen. Der Reingewinn kletterte bei Shell gegenüber dem selben Quartal des Vorjahres um 158 Prozent auf 216 Millionen Dollar, Standard Oil of Indiana verdoppelte den Gewinn auf 296 Millionen Dollar. Das Einkommen des größten US-Ölkonzerns Exxon stieg um 25 Prozent auf 800 Millionen Dollar, Continental Oil hatte um 112 Prozent mehr Ertrag, und so läßt sich die Liste weiter fortsetzen.

Dabei ist noch eines bemerkenswert: Die Profite stiegen bei weitem stärker als der Absatz der Konzerne. So hatte Shell bei einem Reingewinnzuwachs von 158 Prozent bloß eine Absatzsteigerung von 57 Prozent aufzuweisen. ●

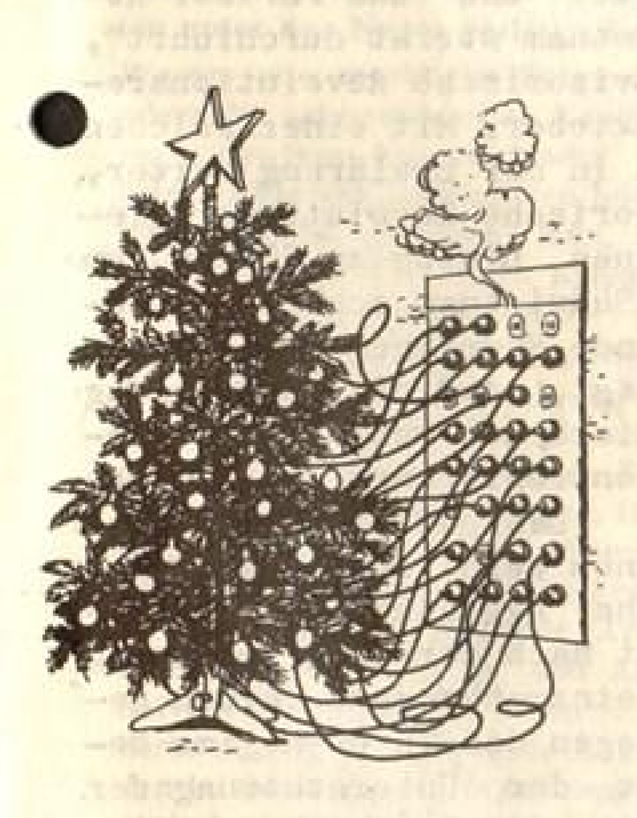


„Klein-Amerika" an der Moskwa

Breschnew holt Dollars und westliche Manager ins Land

Seit langem bemüht sich Breschnew, westliche Firmen nach Moskau zu locken; seit langem jedoch mit mäßigem Erfolg. Denn viele ausländische Kapitalisten, die mit ihm bereits Geschäfte machen oder machen wollen, können sich in Moskau nicht häuslich niederlassen, weil es dort zu wenig geeignete Büros und Wohnungen gibt und weil die angebotenen Quartiere meist nicht dem verwöhnten Geschmack westlicher Manager entsprechen und weil und weil und weil.

Aber die russischen Möchtegerngeschäftemacher lechzen nach Dollars, und deshalb will die Kreml-Direktion demnächst weder Kosten noch Mühen scheuen, um die begehrten Devisen aus Gottes eigenem Land in Breschnews eigenes Land zu holen. Schon Anfang 1975 soll am Ufer der Moskwa mit dem Bau eines — laut „Spiegel" — „Klein-Amerika" begonnen werden. Ein Hotel, ein riesiges Apartmenthaus, Wintergärten, Schwimmbäder, Parkanlagen und Tennisplätze sind ausschließlich für die Manager und ihre Familien vorgesehen. Extra-Geschäfte werden der Devisen-Elite künftighin alle Köstlichkeiten servieren, die der Weltmarkt bietet. (Eingeborene, die nur über Rubel verfügen, sind dort begreiflicherweise nicht zugelassen.) Und es ist anzunehmen, daß statt der bisherigen halblegalen Freudenmädchen bald erstklassige Callgirls zur Verfügung stehen bzw. liegen, so daß sich auch alleinreisende Kaufherren in jeder Hinsicht sauwohl fühlen werden. „Ein Komfort, den Moskau noch nie gehabt hat", schwelgte ein vorfreudiger Osthändler.



„Die Stadt in der Stadt" — so ein amerikanischer Geschäftsmann — ist ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Supermächte und wird über 2 Milliarden Schilling kosten. Den Großteil dieser Summe stellen die staatliche US-Eximbank und die altehrwürdige Chase Manhattan Bank zur Verfügung. Und nicht nur die Inneneinrichtung, die technischen und elektronischen Geräte und Klimaanlagen kommen aus den USA, sondern auch die leitenden Bauingenieure, Architekten und Techniker. Der russische Beitrag zum geplanten Handels- und Wohnzentrum besteht lediglich aus dem Bausand und einem Heer von Hilfsarbeitern.

So bietet Breschnews Jagd nach dem Dollar ein bemerkenswertes Bild, das uns sonst eigentlich nur aus der Welt des Neokolonialismus vertraut ist: Die US-Kapitalisten investieren ihre (seit der Erdöl‚krise' wieder überreichlich quellenden) Dollarpakete, ihre leitenden Angestellten und ihre hochwertigen Industrieerzeugnisse gewinnträchtig in finanzschwachen unterentwickelten Ländern, während letztere nur die Rohstoffe liefern und billige Arbeitskräfte beistellen.

Es ist aber längst wohl kein Geheimnis mehr, daß Dollarinvestitionen stets an politische Zugeständnisse gebunden sind. Das heißt, daß jeder, der amerikanische Finanzhilfe annimmt, dafür auch bezahlen muß — egal, ob es sich bei dem Hilfesuchenden um einen kleinen südamerikanischen Diktator oder um den großen Sozialimperator Breschnew handelt. Wobei hier noch erschwerend hinzukommt, daß Breschnew nicht so wie ein kleiner Diktator nur die Interessen des eigenen Volkes, sondern sogar die Interessen anderer Völker zu verkaufen imstande ist. So wie damals, als er seinen Geschäften mit Nixon zuliebe die US-hörige Putschistenregierung in Phnom Penh diplomatisch anerkannte und den kambodschanischen Freiheitskampf sabotierte. Wer weiß, welchen Freiheitskampf er diesmal zugunsten der Chase-Manhattan-Dollars verrät. ●

Die Uhr läuft ab



Eine Marionette im Todeskampf

Beinahe zwei Jahre sind seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens vergangen. Aber was hat sich in dieser Zeit im Süden Vietnams ereignet? Die Vereinigten Staaten und das Regime Nguyen Van Thieus haben dieses Abkommen gebrochen und mit Füßen getreten. Saigon hat fortwährend Überfälle auf die befreiten Gebiete gestartet, zigtausende Patrioten, welche die Erfüllung des Vietnamabkommens gefordert hatten, wurden eingekerkert. Im Süden Vietnams befinden sich noch immer als Zivilisten getarnte US-Soldaten und die Vereinigten Staaten leisten Thieu weiterhin finanzielle Hilfe. Das Saigoner Faschistenregime Thieus ist das Haupthindernis für die Herstellung eines wirklichen Friedens in Südvietnam.

Seit Ende September finden im ganzen von Saigon kontrollierten Gebiet große Demonstrationen gegen die Diktatur Thieus statt. Tausende von Menschen protestieren gegen den Kriegskurs Saigons, gegen Korruption, Elend und Unterdrückung, tausende fordern den Rücktritt Thieus. Seit Wochen reißen die Streiks der südvietnamesischen Arbeiter nicht ab: Am 2. Oktober begann in Da Nang ein Hafenarbeiterstreik, dem sich dann die Arbeiter der Handelsgewerkschaft anschlossen. In Saigon streikten die Schneider und die öffentlichen Bediensteten. Ein Gewerkschaftskongreß forderte den Rücktritt Thieus.

Um die Massenbewegung gegen sein Regime abzuwiegeln, hat Nguyen Van Thieu 400 korrupte Offiziere "gesäubert" und vier Minister mußten zurücktreten. Aber mit diesen Tricks konnte Thieu seine Lage nicht festigen. Immer wieder aufflammende Demonstrationen, die von zahlreichen Gruppen und Komitees, die sich gegen das Thieu-Regime organisiert haben (z.B. die katholische "Volksbewegung gegen Korruption", die buddhistischen "Kräfte der nationalen Versöhnung", die "Volksorganisation für die Erfüllung des Pariser Abkommens" usw.) getragen werden, zeigen das deutlich. Sogar 32 Abgeordnete des Marionettenparlaments haben gegen Thieu Stellung genommen.

Zu den Erschütterungen der Herrschaft der Saigoner Faschisten durch die Massendemonstrationen kommt noch der militärische Bankrott. Die Stützpunkte, die Saigon widerrechtlich nach der Unterzeichnung des Vietnamabkommens auf dem Gebiet der Provisorischen Revolutionsregierung errichtet hat, sind zu einem Großteil dem Erdboden gleichgemacht worden. Viele Soldaten Saigons desertieren, weil sie ihren Sold nicht ausbezahlt bekommen und ihre Familien im Elend dahinvegetieren müssen. Thieu verliert wöchentlich hunderte Soldaten auf dem Schlachtfeld und das Kräfteverhältnis verschiebt sich immer mehr zugunsten der Nationalen Befreiungsfront.

Die Tage des Thieu-Regimes sind heute gezählt. "In Saigon muß eine Macht errichtet werden, die für Frieden und nationale Eintracht eintritt und das Pariser Abkommen über Vietnam strikt durchführt", erklärte die Provisorische Revolutionsregierung Anfang Oktober. Mit einer solchen Macht, heißt es in der Erklärung weiter, ist die Provisorische Revolutionsregierung bereit, einen Dialog zu führen, um die Fragen in Südvietnam schnell zu lösen. Der wachsende Kampf gegen die Herrschaft Thieus zeigt, daß die Bevölkerung der Saigoner Gebiete den von der Provisorischen Revolutionsregierung aufgezeigten Weg beschreitet. Das südvietnamesische Volk hat in einem heroischen Volkskrieg die amerikanische Aggression niedergeschlagen. Es hat nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens einen gerechten Kampf gegen das Thieu-Regime begonnen, das mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten die Durchführung dieses Abkommens sabotiert. Das Volk Südvietnams wird in seinem gerechten Kampf auch weiterhin neue Siege erringen. ●

Krieg auf Bestellung



Die Machthaber in kapitalistischen Staaten sind zumeist korrupt. Das ist eine Tatsache, über die man nicht weiter zu diskutieren braucht; es sei denn, man diskutiert über das einschränkende Wörtchen „zumeist". Und es ist gewiß nicht verwunderlich, daß auch die vom US-Kapital lebenden Saigoner Machthaber tief im Korruptionssumpf stecken. Erstaunlich ist es allerdings, daß jetzt nach jahrelangem Schweigen auch die kapitalistische Presse Österreichs in geradezu naivem Eifer darauf hinwies, daß der „Staatspräsident der Republik Vietnam", Nguyen Van Thieu, sich durch dunkle Machenschaften bereichert und Häuser und Grundstücke in Millionenwerten an sich gebracht habe.

Da kann man nur fragen: na und? Denn man braucht fürwahr kein Schlächter so wie Thieu zu sein, um Hausbesitzer zu werden. Auch der vergleichsweise harmlose Herr Inderin hat es dank des § 7 und sonstiger dunkler Machenschaften fast über Nacht zum 17fachen Wiener Hausherrn gebracht. Und der Vorwurf, Madame Thieu verwalte ein öffentliches Krankenhaus als persönliche Pfründe, klingt gar nicht mehr so arg, gemessen an der Methode, mit der jüngst eine einflußreiche österreichische Persönlichkeit sich den Besitz eines todkranken Spitalspatienten unter den Nagel gerissen hat.

Warum also macht die Saigoner Korruption sogar schon die österreichischen Kapitalisten nervös, während gewisse österreichische Vorkommnisse den österreichischen Kapitalisten höchstens ein nachsichtiges Lächeln entlocken? Nun, Saigon führt — trotz Waffenstillstand — einen Krieg, und die Sumpfblüten der Korruption blühen dort nicht nur in Häusern und Spitälern, sondern auch schon bei der kämpfenden Truppe. So kann sich beispielsweise ein verwundeter Soldat per Hubschrauber aus dem Kampfgebiet retten lassen — gegen Barzahlung von etwa 8 bis 25 Dollar an den Piloten. Hat er das Geld nicht, dann läßt ihn der Pilot kaltherzig verrecken. Oder gerät eine Einheit der Thieu-Truppen in Bedrängnis, so kann ihr Kommandeur Artillerieunterstützung anfordern — wenn er Geld hat. Zwei Dollar pro Salve verlangt der Kamerad Artillerieoffizier. Hunderte strategisch wichtiger Außenposten wurden in den letzten Monaten teils kampflos aufgegeben, weil einfach niemand da war, der sie weiterhin finanzierte. Um das strategisch bedeutungslose Phuoc Tan dagegen führten Saigons Offiziere einen blutige Schlacht. Grund: Ein paar reiche Kaufleute dieses Ortes hatten erhebliche Schmiergelder gezahlt.

Sowas zeigt dem einfachen Soldaten ziemlich deutlich, daß er wirklich nur das Kanonenfutter für einige Reiche ist, und die Desertionsrate ist dementsprechend höher als die Kampfmoral. Die Armee ist aber das einzige, was den Thieu-Staat noch halbwegs zusammenhalten kann. Weil sich der Auflösungsprozeß innerhalb der Armee infolge der Korruption jedoch beschleunigt, deshalb beschleunigt sich auch der Auflösungsprozeß des ganzen Staatsgebildes. Und weil somit der „freien" (kapitalistischen) Weltwirtschaft wieder ein Stützpunkt verlorenzugehen droht, darum sind auf einmal sogar die österreichischen Kapitalisten gegen die Korruption. Eine kapitale, eine kapitalistische Tragödie. ●

Hilfe für die Dritte Welt

Aber die russischen Wirtschaftsexperten helfen dabei nur sich selbst

Die Länder der Dritten Welt, die sogenannten Entwicklungsländer, haben mit vielen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet zu kämpfen. Armut, Rückständigkeit, Hunger, Arbeitslosigkeit usw., sind angeblich das Resultat hoher Geburtenziffern, von Dummheit, Aberglaube und Faulheit und was es da noch an Scheinargumenten gibt. So wird uns das von den Massenmedien vorgelogen. Wenn man sich aber den Tatsachen zuwendet, ist es ganz einfach, die wirklichen Ursachen von Not und Elend zu erkennen und die zahllosen "Entschuldigungen", "Erklärungen" und Verleumdungen der Imperialisten zu durchschauen. Da haben die imperialistischen Mächte jahrzehntelang auf der ganzen Welt die Naturreichtümer der Völker geplündert, den Staaten der Dritten Welt ungleiche Verträge aufgezwungen, welche diese Länder für immer zum billigen Rohstofflieferanten und zum günstigen Kapitalanlagemarkt machen sollten. Gegenwärtig versuchen die beiden imperialistischen Supermächte durch Währungsmanipulationen, Zinswucher und neokolonialistische Unterjochung alles, um die Entwicklungsländer politisch, wirtschaftlich und militärisch an sich zu ketten. Auf Amerika und Rußland passen haargenau Lenins Worte, daß die Imperialisten "scheinbar politisch unabhängige Staaten schaffen, die jedoch wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind."

Wenn die Länder der Dritten Welt heute gegen die Vorherrschaft und die ausbeuterischen Praktiken der beiden Supermächte und der Imperialisten überhaupt rebellieren, so ist das nur gerecht. Bei der Rohstoffkonferenz der UNO in New York, bei der Seerechtskonferenz in Caracas, bei der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest und jetzt bei der Welternährungskonferenz in Rom – überall treten die Länder der Dritten Welt geschlossen gegen die Imperialisten auf.

Betrachtet man diese Weltsituation, so erkennt man auch, welchen Sinn und Zweck wirkliche Entwicklungshilfe haben muß. Diese kann kein Almosen oder eine angebliche "Großzügigkeit" sein. Jene, die Entwicklungshilfe als solche hinstellen, tarnen ja in Wirklichkeit nur die finanzielle Erpressung und den Zinswucher, die sie mit ihrer angeblich "uneigennützigen" Hilfe verfolgen. Entwicklungshilfe ist nur dann für die Länder der Dritten Welt eine wirkliche Hilfe, wenn sie nicht dazu dient, diese Länder in Schuldknechtschaft und Abhängigkeit zu stürzen, sondern deren nationale Wirtschaft festigt und es diesen Ländern ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen. Dabei ist es auch klar, daß ausländische Hilfe wirklich nur eine Hilfe sein kann, hauptsächlich müssen sich die Länder der Dritten Welt auf die eigenen Kräfte stützen.

"Die nationale Wirtschaft des Empfängerlandes der wirtschaftlichen bzw. technischen Hilfe stärken", das bedeutet, daß die Hilfe den Bedürfnissen der Länder der Dritten Welt Rechnung trägt. Die Imperialisten haben aber nur ihre eigenen Großmacht- und Profitinteressen im Auge und treten die Interessen der Dritten Welt mit Füßen. Mit ihrer "Entwicklungshilfe" verfolgen sie das Ziel, vor allem sich selber zu helfen. Dazu einige Beispiele: Die Sowjetunion baute quer durch Afghanistan eine Straße, die sie sich als "Entwicklungshilfeprojekt" bezahlen ließ. Tatsächlich ist diese Straße für die Wirtschaft Afghanistans unnötig. Für den russischen Sozialimperialismus aber ist sie von großer strategischer Bedeutung, weil sie den Weg von der russischen Grenze nach Pakistan und Indien eröffnet. Oder: Im Sudan errichtete die Sowjetunion eine Fabrik zur Konservierung von Datteln und Zwiebeln. Dabei gingen die russischen Wirtschaftsexperten allein von dem Bedarf der Sowjetunion nach solchen Produkten aus. Denn in einem Land, wo dieses jeden Tag billigst und frisch erhältlich ist, wird kein Mensch die teuren Konserven kaufen. Und tatsächlich waren die Erzeugnisse der Konservenfabrik in Sudan selber faktisch unverkäuflich. Es ist offensichtlich, daß so eine "Hilfe" wertlos für die Entwicklungsländer ist.

Was ist aber wirkliche Hilfe und Unterstützung für die Länder der Dritten Welt? Die Volksrepublik China liefert uns ein glänzendes Beispiel eines wahrhaft internationalistischen Standpunkts in der Frage der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit anderen Ländern.
Das Leitprinzip für die Hilfe Chinas an andere Länder sind nicht Großmacht- und Profitinteressen, sondern der Internationalismus. Das heißt: Genauso, wie China den unterdrückten Völkern und Nationen in deren gerechten Kampf Unterstützung leistet, so hilft es auch befreundeten Ländern, ihre Wirtschaft auf unabhängiger und selbständiger Grundlage zu entwickeln und so ihre Stellung gegenüber den Supermächten zu festigen. Dabei achtet China strikt die Souveränität und Gleichberechtigung der Empfängerländer. Volks-China betrachtet seine Hilfe als internationalistische Pflicht im Rahmen der gegenseitigen Unterstützung der Länder der Dritten Welt im gemeinsamen Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte, gegen Imperialismus und Kolonialismus.

Bereits vor zehn Jahren hat China die folgenden Grundsätze seiner Hilfe für andere Länder festgesetzt:

Acht Prinzipien für die Hilfe Chinas an andere Länder

1. Die chinesische Regierung folgt bei der Gewährung von Hilfe an andere Länder konsequent dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, sie betrachtet diese Hilfe niemals als ein einseitiges Almosen, sondern als auf Gegenseitigkeit beruhend.
2. Bei der Gewährung von Hilfe an andere Länder respektiert die chinesische Regierung die Souveränität des Empfängerlandes in jeder Weise, knüpft keine Bedingungen an diese Hilfe und verlangt keine Privilegien.
3. Die chinesische Regierung gewährt wirtschaftliche Hilfe in der Form von zinslosen Anleihen oder zu niedrigem Zinsfuß; wenn nötig, kann die Rückzahlung der Anleihe verschoben werden, um dem Empfängerland möglichst geringe Lasten aufzubürden.
4. Der Zweck der Hilfe, die die chinesische Regierung anderen Ländern gewährt, ist nicht, das Empfängerland von China abhängig zu machen, sondern ihm zu helfen, allmählich, auf die eigene Kraft gestützt, die unabhängige Entwicklung seiner Wirtschaft zu realisieren.
5. Die Projekte, bei deren Bau die chinesische Regierung anderen Ländern hilft, sind möglichst solche, die geringe Investitionen erfordern, aber schnelle Resultate zeitigen, so daß die Regierung des Empfängerlandes ihre Einnahmen erhöhen und Kapital akkumulieren kann.
6. Die chinesische Regierung liefert Ausrüstungen und Materialien eigener Erzeugung in bester Qualität zu Weltmarktpreisen. Sollten die von der chinesischen Regierung gelieferten Ausrüstungen und Materialien qualitativ und ihren Spezifikationen nach nicht den Abmachungen entsprechen, gewährleistet die chinesische Regierung ihren Umtausch.
7. Wo immer die chinesische Regierung technische Hilfe gewährt, wird sie dafür sorgen, daß das Personal des Empfängerlandes die benötigte Technik zu meistern lernt.
8. Spezialisten, die die chinesische Regierung zur Hilfe beim Aufbau in einem Empfängerland entsendet, werden denselben Lebensstandard haben wie Spezialisten des Empfängerlandes. Es ist den chinesischen Experten nicht erlaubt, irgendwelche besonderen Forderungen zu stellen oder irgendwelche besonderen Erleichterungen zu genießen.

Diese Grundsätze bedeuten, daß China nicht versucht, andere Länder zu dominieren und in Zinsknechtschaft zu stürzen. Seit 1964 sind alle chinesischen Auslandsdarlehen zinsenfrei. Diese Grundsätze bedeuten weiters, daß China nicht daran interessiert ist, technische Kenntnisse zu monopolisieren, um Kontrollmöglichkeiten und Einfluß zu erhalten und sich in diesen Ländern als "Berater" zu etablieren (so wie das z. B. die russischen Imperialisten in Indien machen, worüber eine indische Zeitung schrieb, daß sich die russischen Spezialisten und "Berater" arroganter gebärden als vor Jahrzehnten die englischen Kolonialbeamten und -offiziere). China gibt technische Fachkenntnisse an befreundete Länder weiter, damit diese auf eigenen Füßen stehen können. Bei allen Projekten technischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit hält dabei die Volksrepublik China an der Weisung Mao Tsetungs fest, daß die Chinesen in den internationalen Beziehungen den Großmachtchauvinismus entschlossen, gründlich, restlos und vollständig beseitigen müssen. Gemäß diesem Grundsatz respektieren die chinesischen Techniker und Arbeiter in den Ländern der Dritten Welt die Sitten und Gebräuche der einheimischen Bevölkerung, verlangen keine Privilegien und führen sich nicht – wie die imperialistischen Spezialisten, Techniker und Entwicklungshelfer – als Herrenmenschen auf.

Es ist klar, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit Chinas mit anderen Ländern der Dritten Welt den Imperialisten nicht in den Kram paßt. Die südafrikanischen Rassisten sprechen da zum Beispiel von einer angeblichen "gelben Gefahr", die russischen Imperialisten versteigen sich in ihrer Primitivität zu solchen Aussprüchen wie: China wolle eine "Vormachtstellung unter den Ländern der Dritten Welt einnehmen", oder: China wolle mit seinem "antisowjetischen Kurs" (d.h. mit seiner gegen den Sozialimperialismus gerichteten Politik) die Länder der Dritten Welt der Gefahr ausliefern, "von den Kapitalisten verschluckt zu werden". Da sich aber die Völker und Länder der Dritten Welt nichts aus Gerede machen, sondern die tatsächliche Praxis beurteilen, können imperialistische Verleumdungen keinen Keil zwischen das chinesische Volk und die anderen Völker der Dritten Welt treiben.

Diese ist heute zur Triebkraft der weltpolitischen Entwicklung geworden, und trotz aller Spaltungsversuche der Supermächte schreiten die Länder der Dritten Welt im gemeinsamen Kampf und einander unterstützend voran.



Uneigennützige Hilfe: Volkschinas Mitarbeit an der afrikanischen Tansam-Bahn



Indien hungert. Aber anstatt dem dahinvegetierenden Volk Nahrung zu verschaffen, bauen die Führer Atombomben und besetzen kleine Nachbarstaaten:

Expansion statt Brot

Im September hat das indische Parlament beschlossen, den Himalayastaat Sikkim in die indische Union "aufzunehmen". Sikkim wird in den indischen Wirtschaftsplan einbezogen und "darf" je einen Vertreter in die beiden Häuser des indischen Parlaments entsenden. Indien hat den Anschluß Sikkims dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß es ja angeblich der "Volkswille" gewesen sei, Indien beizutreten. Tatsächlich handelt es sich aber um eine gewaltsame Annexion des kleinen Himalayastaates. Indische Truppen haben die Proteste des Volkes von Sikkim unterdrückt, unter indischer militärischer Besatzung wurde eine den indischen Expansionisten genehme "Nationalversammlung" gebildet, die dann den "Wunsch" äußerte, Indien beizutreten.

Die Expansions- und Vorherrschaftsbestrebungen der indischen reaktionären Politiker haben die Unterstützung und Billigung der russischen Imperialisten. Diese kämpfen in der ganzen Welt um Einfluß, um die Vereinigten Staaten zu übertrumpfen, die Völker zu unterdrücken und um Volks-China einzukreisen. Die indische herrschende Klasse übernimmt dabei die Rolle eines Gehilfen und gebärdet sich im südasiatischen Raum als Mini-Supermacht.

Das Volk von Sikkim wird sich nicht mit der Vernichtung seiner Selbständigkeit und den Anschluß an Indien abfinden, das ist gewiß. Und es steht mit seinen gerechten Bestrebungen nicht allein. In zahlreichen asiatischen Ländern wurden Stimmen laut, welche die Annexion verurteilten. Auch die Volksrepublik China hat gegen den kolonialistischen Akt Indiens protestiert. Angesichts der indischen Expansionsbestrebungen verstärken die Himalayastaaten Nepal und Bhutan ihre Wachsamkeit. Nepal hat die Annexion Sikkims verurteilt, und eine nepalesische Zeitung bemerkte: "Dem Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Indien und der Sowjetunion folgte die Zerstückelung Pakistans, und Indiens Atomtest folgte die Vernichtung von Sikkims unabhängiger Existenz." Bereits im Sommer waren in Nepal konterrevolutionäre tibetanische Banden entwaffnet worden, um Nepals Unabhängigkeit zu schützen. Nach einer Erklärung des nepalesischen Innenministers hatten diese Banden "die Hilfe einiger reicher und mächtiger Länder" gefunden. Das Himalayakönigreich Bhutan hat sich seinerseits geweigert, die Einsetzung eines indischen "Beraters" bei seinen Polizeistreitkräften zuzulassen.

Wenn sich die herrschenden Kreise Indiens als nunmehrige "Atommacht" so stark vorkommen, so ist es doch um ihre wirkliche Stärke schlecht bestellt. Wie alle verfaulenden reaktionären Regimes will Indien durch "Erfolge" bei der Expansion nach außen von den sozialen Problemen im eigenen Land ablenken. Eine indische Zeitung drückte das mit den Worten aus: "Der kleine Mann wird zwar kein Brot bekommen, dafür aber Sikkim". Es ist aber unabwendbar, daß sich durch Atombewaffnung, Aufrüstung und Expansionspolitik die Lage der breiten Masse des indischen Volkes noch mehr verschlechtern und dessen Kampf gegen die herrschenden Reaktionäre sich verstärken wird. ●

Belohnung für den Verräter

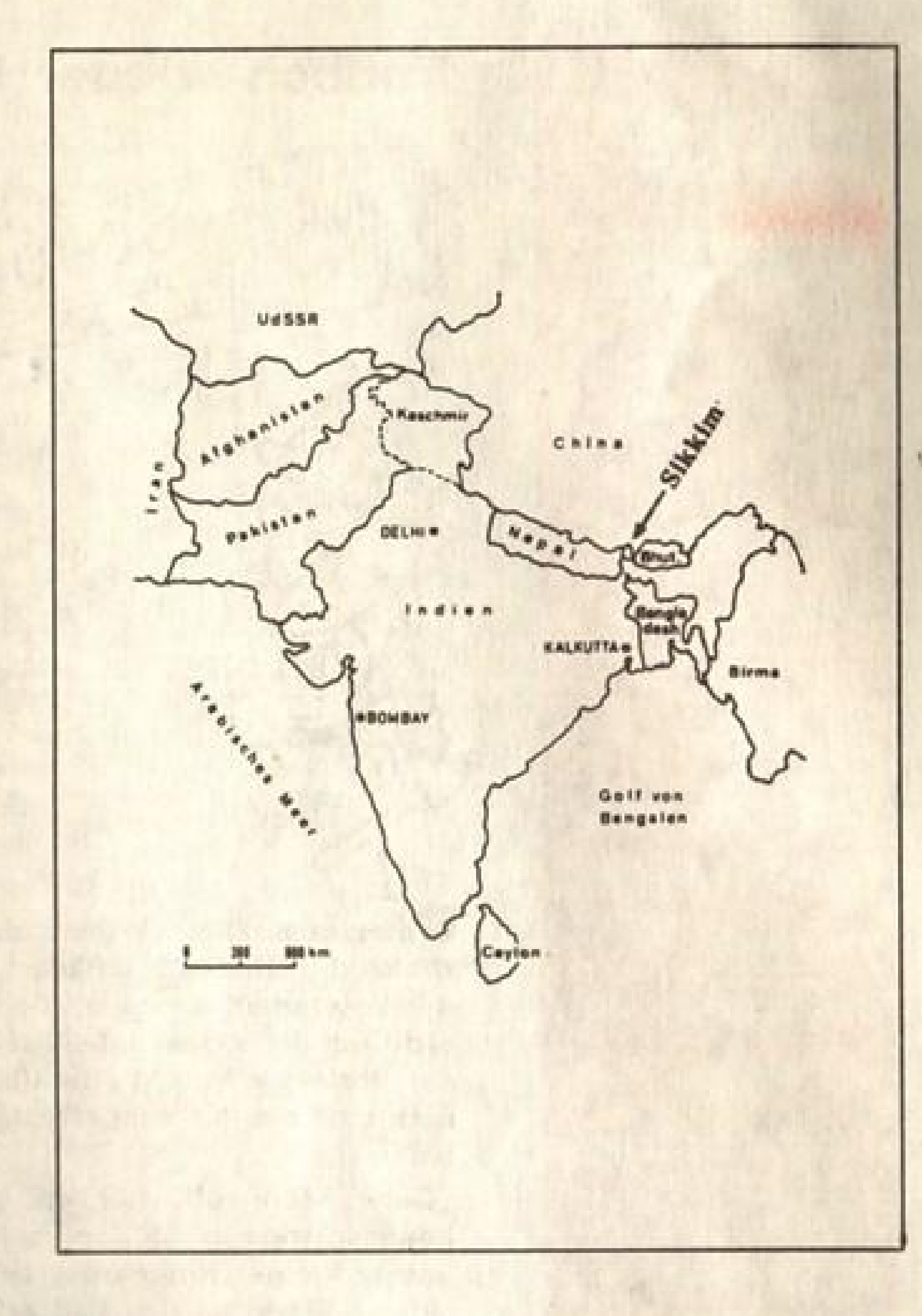
Am 10. Oktober 1974 erhielt S. A. Dange, der Führer der indischen revisionistischen Partei den Lenin-Orden. Damit würdigte die russische neue Bourgeoisie die "Verdienste" dieses notorischen Reaktionärs und Arbeiterverräters. Als Indien an Chinas Grenzen 1962 zum Angriff überging und chinesisches Territorium besetzen wollte (die indischen Reaktionäre erlitten dabei eine gewaltige Niederlage), da wurde Dange durch einen Brief an Nehru "berühmt" und berüchtigt. "Heute, in dieser Stunde der durch die chinesische Aggression herbeigeführten schweren Krise - hatte Dange geschrieben - steht die ganze Nation wie ein Mann hinter Ihnen(=Nehru)... Die Kommunistische Partei Indiens verspricht Ihnen die vorbehaltslose Unterstützung..."

Seit 1962, da die Dange-Clique die Führung der Kommunistischen Partei Indiens an sich gerissen hat, war sie ein treuer Handlanger der indischen Reaktionäre und der russischen Sozialimperialisten. Diese Dienste wurden nun durch die Verleihung des Lenin-Ordens an S. A. Dange honoriert.

Zur selben Zeit, als die Verleihung des Ordens bekannt wurde, erklärte der Generalsekretär der revisionistischen Partei Indiens, angesichts des Aufschwungs der Volkskämpfe müßten die "linken und demokratischen Kräfte" (damit sind im revisionistischen Sprachgebrauch all jene politischen Kräfte gemeint, die mit dem Sozialimperialismus kollaborieren und sich dabei "links" geben) "grundsätzliche und entschiedene Anstrengungen unternehmen, um den Prozeß der Radikalisierung der Massen auf den Weg der revolutionären Demokratie zu leiten", d.h. den Massenkampf abzuwiegeln und von revolutionären Zielsetzungen abzulenken. Statt des revolutionären Kampfes, der sich in Indien im großen Maßstab entwickelt, predigen die Revisionisten weiterhin Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Dafür bekommen sie von Breschnew den Lenin-Orden, das indische Volk wird diese Verräter anders "belohnen" und früher oder später so mit ihnen abrechnen, wie sie es verdient haben. ●

Erpressung statt Hilfe

Die russischen Imperialisten werden nicht müde, ihre "uneigennützige" Hilfe für Länder der Dritten Welt in den Himmel zu rühmen. Aber wie es wirklich mit dieser



Hilfe ausschaut, das zeigte sich jetzt in Bangla Desh. Rußland hatte Bangla Desh 200.000 Tonnen Weizen geliehen. Obwohl nach schweren Flutkatastrophen das Land jetzt Getreide notwendiger denn je braucht, hatten die Sozialimperialisten die Stirn, die sofortige Rückgabe des Weizens zu verlangen. Damit wollten sie politischen Druck auf Bangla Desh ausüben. Erst als die USA Bangla Desh Getreide versprachen, erklärte sich Rußland damit einverstanden, daß das Getreide in einem Zeitraum von 5 Jahren, beginnend mit 1975, zurückgegeben werden könnte. Daran kann man deutlich sehen, daß für das heutige Rußland nur der Kampf um die Vorherrschaft mit seinem US-imperialistischen Konkurrenten zählt, während die angeblich "uneigennützige" Hilfe reine Tarnung und Maskerade ist. ●

Auf Streikende wird geschossen

Bei einem Generalstreik im indischen Bundesstaat Bihar ließ die Regierung Polizei und Militär gegen die Streikenden vorgehen. Dabei wurden 13 Menschen erschossen. Als Antwort auf die brutale Unterdrückung protestierten in Neu Delhi 30.000 Menschen gegen Teuerung, Arbeitslosigkeit, Korruption und Unterdrückung. ●